

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Nfermann
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Ausgabengebühr
für die sechsgepaaltene Kolonelsseite 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Vom Internationalen Metallarbeiterbund

Generalstreik

Vom 15. bis 17. März fand in Bern eine Sitzung des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiterbundes statt. Anwesend waren mit dem engeren Vorstand des I.M.A. je ein Vertreter aus Deutschland, Deutsch-Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, der Schweiz, Italien, Frankreich, Holland, Belgien, England und Schweden. Die Vertreter von Luxemburg, Dänemark, Norwegen und Finnland fehlten entschuldigend.

Der vom Kollegen Jlg (Werni) vorgelegte Geschäftsbericht ließ die rührige Tätigkeit des Bundessekretärs erkennen und wurde von den Mitgliedern des Zentralkomitees mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Kollege Jlg, der vorläufig das Bundessekretariat vertritt, alles daran setzte, um den I.M.A. zu dem zu machen, was er sein soll: eine schlagfertige Waffe im internationalen Kampf der Metallarbeiter. Er übernahm in Kopenhagen ein äußerst schwieriges Amt. Galt es doch, die durch den Krieg zerrissenen Fäden wieder zusammenzufnäpseln und neue Verbindungen in jenen Ländern zu suchen, wo der gewerkschaftliche Gedanke unter den Metallarbeitern wieder zu neuem Leben erwacht war. Dem I.M.A. gehören jetzt die Organisationen folgender Länder an: Amerika, England, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien, Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Jugoslawien, Polen, Ungarn, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei. (Wir kommen in nächster Zeit ausführlich auf den I.M.A. und auf den Geschäftsbericht des Kollegen Jlg zurück.)

Dem Geschäftsbericht folgte eine gründliche Aussprache über die wirtschaftlich-politische Lage in den einzelnen Ländern und der Metallarbeiter in besonderen. Dabei standen die Wirtschaftskrise, die unsere Kollegen in allen Ländern hart getroffen hat, die Unterstützung der Arbeitslosen usw. im Vordergrund. Die Aussprache ließ erkennen, daß das Unternehmertum allen Länder dabei ist, die Krise in seinem Sinne auszunutzen, den Druck auf die Arbeiter zu verstärken, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, die Arbeiter aus erregenen Positionen nachzubringen. Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung ist in allen Staaten der Unternehmer Feldgeschrei. Nicht ohne Interesse war die Mitteilung der Kollegen aus den verschiedenen Ländern, wie das Unternehmertum eines jeden Landes bemüht ist, die Arbeiter anderer Länder als die in untergeordneten Löhnen und längerer Arbeitszeit Schaffenden hinzustellen, um damit die Maßnahmen gegen die Arbeiter in eigenen Lande besser begründen zu können. Es sind schwere Zeiten, die unsere Kollegen zurzeit in den verschiedenen Ländern durchleben. Harte Kämpfe, folgenschwere Entscheidungen stehen in einzelnen Ländern bevor. Die Sitzung selbst beschäftigte sich eingehend mit dem am die Zeit des 15. März in Luxemburg tobenden schweren Kampf der Metall- und Bergarbeiter, desgleichen mit der drohenden Aussperrung der dänischen und tschechoslowakischen Arbeiter, von der in erster Linie unsere engeren Kollegen betroffen werden. (Die Aussperrungen wurden inzwischen perfekt.) Diese Kämpfe, wie die Gesamtsituationen müssen dem I.M.A. ein Ansporn sein, die Aktion schneller internationaler Unterstützung bei solchen Kämpfen auf das Höchste zu steigern. Das wurde auch von den Vertretern unserer Organisation nachdrücklich unterstrichen.

Die Aussprache über die genannten Fragen zeitigte ein reichliches Resultat. Erhielt doch das Zentralkomitee aus dem Munde bewährter Kenner des Wirtschaftslebens der einzelnen Länder den Rat von dem genauen Stand der Verhältnisse. Der Kollege Jlg Gelegenheit gegeben, den Stand der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in den verschiedensten Ländern kennen zu lernen durch eine Beilage der Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie: Die Wirtschaftskrise und die Unterstützung der arbeitslosen Kollegen in den einzelnen Ländern, die in dieser Woche, zusammen mit dem 8. Heft dieser Zeitschrift, vom Vorstand unseres Verbandes herausgegeben wird. Das Zentralkomitee faßte folgenden Beschluß:

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes, nach Kenntnisnahme der wirtschaftlichen und politischen Lage aller Länder Europas und der Vereinigten Staaten Nordamerikas, stellt fest, daß in der Maschinen- und Metallindustrie in allen Ländern eine durchdringende Wirtschaftskrise vorherrscht und Hunderttausende von Metallarbeitern vom Arbeitslosgeld, Not und Elend betroffen sind. Das Zentralkomitee erklärt in der Wirtschaftskrise die Unfähigkeit und die Unrichtigkeit des kapitalistischen Produktionssystems und ist der Überzeugung, daß die Arbeitslosigkeit mit ihren die Arbeiterkraft auszehrenden bedauerlichen Begleiterscheinungen nur mit der Beseitigung des Kapitalismus selbst vollständig verschwinden wird. Das Zentralkomitee wendet sich aufs schärfste gegen die Bestrebungen der Unternehmer und der kapitalistischen Regierungen, trotz jurchbarer Teuerung in allen Ländern die Löhne zu rebuzieren und dadurch das Elend der Arbeiterklasse zu erhöhen.

Die Unterstützung wird davon Kenntnis genommen, daß das Unternehmertum, vereint mit dem Bürgertum und seinen Regierungen, den durch gewerkschaftliche Kämpfe und in der Beschäftigung festgelegten Kämpfungen mit aller Gewalt zu sabotieren versucht. In Abereinstimmung mit dem Aufsat des Internationalen Metallarbeiterbundes in Amsterdam ergeht an alle Organisationen der dringende Appell, sich den Lohnreduktionen und den Arbeitszeitverlängerungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu widersetzen. Es gilt, alles daran zu setzen, um eine weitere Verelendung zu verhindern. Der Kämpfenden, diese nach jahrzehntelangen Kämpfen ererbte Erzeugnisse, darf unter keinen Umständen verloren gehen.

Ein weiterer Beratungsgegenstand betraf die Organisationsverhältnisse in den einzelnen Ländern und die Stellung des I.M.A. zu der Moskauer Gewerkschafts-internationale. Wir können uns wohl ersparen, auf letztere in diesem Bericht näher einzugehen. Die freien Gewerkschaften sind heute international in einheitlicher Zusammenfassung dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) angeschlossen.

In welcher Form von Freunden der Moskauer Gewerkschafts-internationale gegen den I.G.B. angekämpft wird, wie letzterer als „gelb“ usw. beschimpft wird, ist hinlänglich bekannt. Für das Zentralkomitee des I.M.A. entstand die Frage, ob man eventuell die russische Metallarbeiterorganisation auf der einen Seite zum I.M.A. zulassen könne, wenn die gleiche Organisation auf der anderen Seite den I.G.B., dessen Glied wir sind, bekämpft, als „gelb“ und alles mögliche beschimpft. Diese Frage wurde einmütig verneint und folgender Beschluß gefaßt:

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes stellt fest, daß das Proletariat der ganzen Welt die russische Revolution einhellig und begeistert begrüßt und gewillt ist, das russische Proletariat mit aller Kraft zu unterstützen. Dies trifft ganz besonders bei den gewerkschaftlichen Organisationen zu. Mit Bedauern muß aber konstatiert werden, daß die Führer der russischen kommunistischen Partei, von denen die meisten weder die wirtschaftlichen noch politischen Verhältnisse, noch die Stärke und Organisationsverhältnisse des Proletariats und der Bourgeoisie Westeuropas kennen, für die Anforderungen der westeuropäischen Organisationen nur Beschimpfung, Spott und Hohn übrig und durch ihre Verleumdung überall Uneinigkeit und häßlichen Streit unter der Arbeiterschaft provoziert haben.

Durch dieses demagogische Treiben werden die freigewerkschaftlichen Organisationen in ihrer Einheit und Geschlossenheit bedroht und aktionsunfähig gemacht. Diese ungreifliche Handlung kann nicht der Wille des russischen Proletariats sein, sondern ist das Werk despotischer Führer, die dem Grundsat des Bolschewismus der Wahrheit selbst gegenüber der russischen Arbeiterschaft laubigen. Sie raten gegenüber der Arbeiterschaft anderer Länder die Anwendung der List und des Betruges und in ihrem Wachtümel und ihrer Einbildung schreiden sie auch vor der Zerstückung der nach jahrelangen Anstrengungen und Opfern geschaffenen Organisationen nicht zurück.

Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist ein Zusammenarbeiten in der gleichen Organisation zum voraus unfruchtbar. Aus diesen Gründen erklärt das Zentralkomitee, daß jene Metallarbeiterorganisationen, die der Moskauer Internationale beitreten, nicht zugleich Mitglieder des Internationalen Metallarbeiterbundes sein können.

Der Internationale Metallarbeiterbund erklärt sich mit den russischen Metallarbeitern in ihrem Befreiungskampf solidarisch und spricht die Hoffnung aus, es werde den russischen Metallarbeitern gelingen, sich als freie Organisationen mit dem Internationalen Metallarbeiterbund zu vereinigen.

Erneite Beratungen erforderten weiter die nach Scheitern der Londoner Verhandlungen seitens der Entente gegen Deutschland eingeleiteten Schritte. Zu dieser Frage wurde eine engere Kommission eingesetzt, der die Kollegen Dillmann (Deutschland), Merzheim (Frankreich), Solau (Belgien) und Domes (Wien) angehörten. Die Stellung des Zentralkomitees gibt die nachstehende Resolution wieder:

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes stellt nach Prüfung der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage fest, daß trotzdem bereits über zwei Jahre seit dem Abbruch des Brest-Litwets verfloßen sind, die Welt nun dringend notwendigen Frieden auch nicht gekriegen hat. Die kapitalistischen Mächte bekämpfen weder des Willen noch die Fähigkeit, einen wirklichen und dauerhaften Völkerverfrieden herbeizuführen. Die Schatzung aller Kriege hat gezeigt, daß jeder abgeschlossene Frieden auf Gewalt basiert und die Handhabe zu politischer und wirtschaftlicher Unterjochung der Besiegten ist.

Die Zerwürfe von Versailles und St. Germain sind dafür ein neuer Beweis. Das mußte schließlich zu einem Scheitern der Londoner Verhandlungen und zu der Befehlung von Städten und Industriegebieten führen.

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes protestiert energisch gegen diese Befehlungen und ist der Meinung, daß diese Befehlungen von Städten und Betrieben zu keiner Lösung führen kann, sondern im Gegenteil den Frieden vergrößert und neue militärische und wirtschaftliche Konflikte provoziert.

Das Zentralkomitee richtet an die Metallarbeiter die Aufforderung, sich allen kriegerischen Verhandlungen mit aller Kraft zu widersetzen, weist hin auf die vom internationalen Metallarbeiterkongreß in Kopenhagen gefaßte Resolution, bekräftigt die Beschlüsse des internationalen Gewerkschaftskongresses in London und schließt sich der vom Büro des Internat. Gewerkschaftsbundes vor den Londoner Verhandlungen an Lloyd George gerichteten Rundlegung an. Das Zentralkomitee erklärt sich solidarisch mit der deutschen Arbeiterklasse, die gemäßigt die Wiedereinrichtung der zerstörten Gebiete einzufügen und die Pflicht einer Wiedergutmachung anerkennt.

Einmal jedoch ein baldiger Wiederaufbau der Produktions- und Konsumkräfte der Völker aller Länder stattfinden, muß eine internationale Entlastung der Kriegerfamilien und die Verpflichtung der vom Kriege weniger heimgekommenen oder von ihm verschont gebliebenen Länder, ihre Hilfskräfte den verarmten, verarmten Ländern zur Verfügung zu stellen, erfolgen. Das Zentralkomitee warnt die Arbeiterklasse aller Länder vor den Methoden der Geze und Aufreizung der Massen, die die Regierungen und die Presse anwenden.

Die übermäßigen Forderungen des Entente-kapitalismus, die der letztere selbst als unerfüllbar weiß, wie das Verhalten der gegenrevolutionären Bourgeoisie Deutschlands verschärfen die Krise. Eine allgemeine Abrüstung des Militärismus ist in allen Ländern nötig, um den Frieden zu sichern. Das Zentralkomitee fordert alle dem Internationalen Metallarbeiterbund angeschlossenen Metallarbeiter auf, gemäß dieser Entschlüsselung alle Kräfte einzusetzen, um ihre Solidarität zu betonen.

Einem vom Bundessekretär vorgelegten Statut für den I.M.A. wurde in seinen Grundzügen zugestimmt. Die endgültige Entscheidung darüber trifft der nächste Internationale Metallarbeiterkongreß, der am 26. Juli ds. Js. in Bern (Schweiz) (nicht in Berlin, wie der Druckfehler in Nr. 14 meldete) stattfindet.

Das Gesamtergebnis der dreitägigen Beratungen war ein durchaus erfreuliches. Das internationale Band, das die Kriegsjahre so stark gelockert hatten, beginnt sich mehr und mehr zu festigen. Letzteres zu fördern, soll unsere vornehmste Aufgabe mit sein, damit der I.M.A. in Wirklichkeit zur „eisenen Internationalen“ werde.

Gellau lobern die Flammen, wieder einmal ein Generalstreik. Hartnäckig wird in die Glut gelassen, daß die Funken stoben, doch nichts wird es mit der heiligen Glut, mit der verzehrenden Flamme. Das Strohflecht loberte auf und ging nieder, da der Flamme das nährnde Element fehlte. Ein Rest Asche ist von all der flammenden Glut zurückgeblieben. Uns rein Menschliche übertragen, bedeutet es: Schmerz und Trauer in vielen Familien, Not und Elend in den Arbeiterkreisen und eine verlorene Schlacht, eine gewaltige Niederlage des Proletariats.

In der Zeit nach der Revolution hat die deutsche Arbeiterschaft alle proletarischen Kampfmittel zur Anwendung gebracht. Mit und ohne Erfolg in bunter Reihenfolge. Aus dem Verlaufe und den Folgen der diesen „Generalstreiks“ konnte der denkende Teil der organisierten Arbeiterklasse lernen vor allen Dingen, wie es nicht gemacht werden darf. Der letzte kommunistische Generalstreik brachte aber die bittere Lehre und den Beweis, daß ein Teil der Arbeiterschaft aus all den Kämpfen nichts gelernt oder das Gelernte bereits wieder vergessen hat.

Durch die russische Revolution 1905, in der bekanntlich der Generalstreik eine entscheidende Rolle spielte, setzte in Deutschland und anderen Ländern in Partei und Gewerkschaften eine lebhafte Auseinandersetzung über den Generalstreik ein. Diese theoretischen Auseinandersetzungen, die sachlich geführt, boten der Arbeiterschaft eine Fülle von Argumenten für und wider den Generalstreik. Heute sind wir in der Lage, der Theorie die Praxis gegenüberzustellen und aus ein klar Bild über das Wesen und die Wirkungen des Generalstreiks zu machen. Die Befürworter des Generalstreiks gruppieren sich zu damaliger Zeit hauptsächlich um die Genossin Luxemburg und die Ablehner um Bömelburg und andere Gewerkschaftsführer. Der Genosse Bernstein nahm eine vermittelnde Haltung ein und zog somit die meisten Anhänger an. Die Diskussion fand dadurch ihr Ende. In der Praxis kam Bernstein ebenfalls zur Ablehnung des Massenstreiks. Für ihn war die Sache vollständig klar, er war Vertreter des Reformsozialismus, Anhänger der Evolution, somit mußte er zur Ablehnung des Generalstreiks kommen. Der Generalstreik, eine scharfe politische Waffe, mußte die Frage Evolution oder Revolution zugunsten der Revolution entscheiden. Ein Generalstreik ist nur denkbar, angewandt als das letzte Mittel, welches das Proletariat mit vollem Bewußtsein und im festen Vertrauen auf seine eigene Kraft ansetzt. Damit ist aber sofort das Proletariat vor die entscheidende Nachfrage gestellt. Wenn der Kapitalismus durch seine Formen und Methoden eine geantworte Verschärfung der Massenengegenstände herbeigeführt, die Bourgeoisie in ihrem Vorhaben, sich ihre Vorrechte zu erhalten, die Verhältnisse auf die Spitze getrieben hat, so daß ein Ausweg nicht denkbar, ein Ausweichen unmöglich, dann ist der Generalstreik die Einleitung des Kampfes um die Macht, eines Kampfes, der nur mit einem Sieg des Proletariats enden darf. Die Bourgeoisie gibt niemals ihre Vorrechte von selbst preis. Geht es ihr nicht, durch List ihre Vorrechte zu behaupten, dann greift sie zu den Waffen und verteidigt mit Gewalt ihre angemessenen Rechte. Der Generalstreik wird als Machtkampf in seiner letzten Phase übergehen zum Bürgerkrieg. Es war also erforderlich, daß Bernstein für dieses revolutionäre Kampfmittel nicht viel übrig hatte.

Die Entwicklung hat diese Anschauung von selbst korrigiert. Anlässlich des Rapp-Lüttich-Bußches riefen die ehemaligen Ablehner des Generalstreiks selbst zum Generalstreik auf. Sie erkannten somit dieses revolutionäre Kampfmittel an. Sie mußten sich darüber vollständig im klaren sein, daß dieser Kampf übergehen würde zum Bürgerkrieg. Hätte Rapp-Lüttich über mehr Gewehr, als er tatsächlich hatte, verfügt, dann hätte er sie gegen die Streikenden angewandt und das Proletariat wäre in der Bürgerkrieg verwickelt worden. Ob in diesem Falle eine Aufschreibung oder eine legale Regierung sah, tut nichts zur Sache. Der Generalstreik richtet sich gegen die bestehende und stützende Macht, die vorübergehend in Rapp-Lüttich ihre Repräsentanten hatte. Wenn in dieser Situation der Generalstreik nur bis zur Erringung des Status quo ante gebraucht wurde, der Streik sich nicht auswirkte, so waren eben nur die damaligen Verhältnisse der davongelaufenen Regierung außerordentlich günstig. Der Rapp-Lüttich-Bußch brachte den Evolutionären den Beweis, daß das Proletariat niemals auf revolutionäre Kampfmittel verzichten kann. Das Bewußtsein wurde der Generalstreik damals angewandt, so muß er, wenn der entscheidende Moment gekommen ist, auch als Angriffswaffe gebraucht werden.

Rosa Luxemburg war die glühendste Verteidigerin des Generalstreiks. Grundlich hatte sie Wesen und Wirkung des Generalstreiks im Klaren studiert und legte die gewonnene Überzeugung klar und unabweislich schriftlich nieder. Die Kommunisten, auf deren Schulbank dieser traurigste aller Generalstreiks, der so fribol und verbredertisch leichtsinnig in den letzten Tagen angestellt wurde, zu sehen ist, behaupten, die geistigen Erbes Rosa Luxemburgs zu sein. Durch die von ihnen belebte Latenz erbringen sie den Beweis, daß sie gar nicht daran denken, im Geist der Luxemburg zu wirken. Rosa Luxemburg schrieb in ihrem Buch „Massenstreik, Partei und Generalstreik“: „Revolutionen wie Massenstreiks sind Begriffe, die selbst bloß eine äußere Form des Klassenkampfes bedeuten, die nur im Zusammenhang mit ganz bestimmten politischen Situationen Sinn und Inhalt haben. Unhistorisch, abstrakt ist es, den Generalstreik auf einen Vorstandsbeschluß und auf einen bestimmten Kalendertag festzusetzen.“

Nach dieser Auffassung ist der Generalstreik kein technisches Kampfmittel, das gleich einem scharf geschliffenen Säbel wohlwahrhaft in der Scheide steckt und nach Gütindüten aus der Scheide gezogen wird, um den gewünschten Stieb zu führen. Um den Generalstreik zur Anwendung zu bringen, bedarf es ganz bestimmter Voraussetzungen, die einmal in der herrschenden politischen Situation gegeben sein müssen und zum anderen einen guten Reifegrad der proletarischen Schichten erfordern. Die politische Situation muß so sein, daß die herrschende Clique isoliert steht, zumindest aber ihre Macht nur auf jene bewußte Schlacht stützen kann, die eben ein ganz besonderes Interesse an der Erhaltung der herrschenden Zukunde hat. Die Bestätigung finden wir in der Revolution 1918. Der größte Teil des deutschen Volkes wandte sich von den herrschenden Cliquen ab, sich sich auch nicht durch das Eintreten bestimmter politischer Parteien in dieses herrschende Regime beschwichtigen und somit waren die Voraussetzungen für den gewaltigen Sturz des bestehenden Systems gegeben. Doch bald stellte sich heraus, daß dem Proletariat der Reifegrad fehlte, um die errungene Macht siegreich behaupten zu können. Rat und hilflos stand das Proletariat vor den wirtschaftlichen Aufgaben und ließ sich in diesem Zustand von politischen Wanderschaftern am Karrenseil führen. Die Bourgeoisie behielt die wirtschaftliche Macht, mit deren Hilfe sie wieder in den Besitz der politischen Macht gelangte, die sie eben heute festher dem ja noch in Händen hält. Ähnliche Zustände herrschten vor und nach dem Rapp-Lüttich-Bußch. Die Er-

... (Continuation of the article text, partially obscured and cut off at the bottom of the page)

fabriken). Dieser Vertrag wurde durch Abstimmung unter den Mitgliedern Ende 1920 bis zum Ende des Jahres 1921 verlängert. Dieser Vertrag gibt den Arbeitern aber das Recht, Bewegungen zur Durchführung geforderter Lohnverbesserungen über die im Vertrage festgelegten Minimalhöhen einzuleiten und eventuell mit den Mitteln des Streik zu unterstützen, nachdem eine in demselben Vertrage eingeführte sog. Verhandlungsordnung in Anspruch genommen worden ist. Von diesem Recht — das als sehr wertvoll betrachtet werden muß, auch wenn die Unternehmer dadurch das Recht haben, entsprechende Gegenmaßnahmen vorzunehmen — haben die Mitglieder des Verbandes fleißigen Gebrauch gemacht. Auch mit dem Eisenwerksverband, der die Unternehmer der Schwereisenindustrie umfaßt, hat unser Verband seit mehreren Jahren einen Reichsvertrag. Dieser ist aber gefälligst worden und Unterhandlungen wegen eines neuen Vertrages sind jetzt im Gange. Auch mit dem Reichsverband der Hohlzieherbetriebe besteht ein Reichsvertrag.

Nach der Vereinbarung in dem großen „Entschädigungskampfe“ des vorigen Jahres ist ein verhältnismäßig ruhiger Zeitabschnitt von einigen Monaten eingetreten, währenddessen nur geringere Streitigkeiten vorgekommen sind. Bald erachteten es die Mitglieder für notwendig, erneute Forderungen ausreichender Lohnverbesserungen an die Unternehmer zu stellen. Die auf diese Forderungen folgenden Unterhandlungen ergaben als Ergebnis Verbesserungen der Stundenlöhne in der Maschinenindustrie von 2 bis 20 Ore pro Stunde. Auch in den Eisenwerken ist es den Mitgliedern gelungen, einige günstige Vereinbarungen lokaler Natur zu erreichen, aber eine einheitliche Übereinkunft zwischen den Organisationen herbeizuführen, war nicht möglich. Unter diesen Umständen haben die Arbeiter die obengenannte Kündigung des Eisenwerksvertrages vollzogen.

Es dürfte unseren ausländischen Kollegen bekannt sein, daß die Krise, die alle Staaten erfaßt hat, auch nach Schweden gelangt ist, wo sie sich besonders in der Metallindustrie stark fühlbar gemacht hat. Die Mehrzahl der Betriebe dieser Industrie ist ganz stillgelegt worden. Dies sind nicht ausschließlich solche Betriebe, die während der auch für die Unternehmer Schwedens so goldenen Kriegszeit entstanden sind. Auch Betriebe, die seit langem stabilisiert waren, haben ihre Türen geschlossen und ihre Arbeiter auf die Unterstellungen, welche die Arbeiterorganisationen und die öffentlichen Anstalten gewähren, angewiesen. Die anderen Betriebe sind zwar nicht stillgelegt, sondern haben sich dazu bequemt, die Arbeitszeit zu vermindern, einige bis zu 2 bis 3 Tagen pro Woche. Obgleich nur eine ganz geringe Zahl der metallindustriellen Betriebe in vollem Gange gehalten wird und trotzdem, daß nur eine geringe Zahl der Mitglieder unseres Verbandes voll beschäftigt sind, kann man doch keine Zeichen bemerken, die auf einen Schluss der Krise hindeuten, denn täglich werden Nachrichten von neuen Betriebsstellungen und neuen Verzierungen der Arbeitszeit gebracht.

Von den Unternehmerorganisationen sind gleichzeitig Forderungen auf starke Lohnreduktionen angehängt. Bei dem Eisenwerken ist die Forderung einer Lohnreduktion von zwanzig Prozent auf der ganzen Höhe gestellt. In den Maschinenfabriken wie auch in den Betrieben der Metallindustrie haben die Unternehmer im allgemeinen dieselbe Parole aufgestellt. Wenn die Arbeiter nicht erklären, daß sie willig sind, sich den Lohnherabsetzungen zu fügen, werden sie mit Entlassung und Verfüzung der Arbeitszeit bestraft. Diese rücksichtslosen Forderungen und Maßnahmen begründen die Auseinander mit den Schwereisenbetrieben der Metallindustrie Schwedens — die zum größten Teil für Export arbeiten —, mit den ausländischen Metallbetrieben und Ländern mit niedriger Valuta auf dem Weltmarkts zu konkurrieren.

Die Steigerung des Lebensunterhalts vom Jahr 1914 bis zum 1. Oktober 1920 ist oben zu 181 Prozent angegeben. Auch dem letztgenannten Zeitpunkt ist zwar eine geringe Senkung eingetreten, jedoch so unbedeutend, daß sie sich kaum bemerkbar gemacht hat. Da dies das Verhältnis ist und da die Arbeiter erst jetzt, nachdem die Preissteigerung eingetreten war und eine Zeitlang gewirkt hatte, Lohnverbesserungen bekommen, müssen sie es ablehnen, jetzt die Krise zu sehen, die durch Zusammenbruch der Lohnregulierungen herbeigeführt ist, die Preise in eine normale Lage zurückzuführen. Unter solchen Umständen hat der Verband seine ganze Kraft darauf zu verwenden, die Angelegenheit seitens der Unternehmerorganisationen zu klären. In diesem Kampfe ist die Arbeitslosenfrage auch nicht zu vernachlässigen. Vom 1. Februar 1921 an ist die Arbeitslosenunterstützung von dem bisherigen 70 Krone auf 150 Tage pro Jahr verlängert worden.

Die Unternehmern haben angegeben, daß die hohen Produktionskosten, d. h. die Arbeitslöhne, den Umsatz erschweren. Die Arbeiter werden wissen, daß die Arbeitslöhne nur teilweise auf den Marktpreis des Arbeitsproduktes einwirken, so wissen ferner, daß die unzulängliche Bezahlung der Zwischenhändler in höchstem Maße die Ware verteuern, sie erkennen weiter, daß die Gewinnsuche der Aktionäre die Existenzgefährdung der Betriebe mitverursacht. Die Verhandlung hat infolgedessen die Mitglieder angewiesen, ihre Mitwirkung zu geben.

Die Verfassung des Betriebsrates bis zu einer Stufe, die es für die verschiedenen Industrien möglich macht, auf dem Weltmarkts zu konkurrieren, unter der Voraussetzung:

- 1. daß der Arbeiter den Betriebsrat und die Gewerkschaft, die den Betriebsrat als auch organisatorische Leitung des Betriebs führen — beizubehalten und zu festhalten — einverstanden sind;
- 2. daß die Arbeit in den verschiedenen Betrieben derart organisiert wird, daß jedes unzulängliche Kostens- und Überwachungspersonal wegfällt und die des Arbeiters selbst überflüssig wird;
- 3. daß der Vertrag der Betriebe, die Verfassung des in dem Unternehmen niedergelegten notwendigen Kapitals sowie die Entwicklung und Modernisierung der Betriebe und der ökonomischen Sicherstellung der in dem betreffenden Betriebe beschäftigten Arbeitskräfte berücksichtigt wird.

Ob die Unternehmern sich mit uns auf dieses Programm einlassen wollen, darüber werden wir wohl später Kenntnis bekommen. Die Arbeiter haben jedenfalls die Grund zur streiklichen Regelung gegeben.

Im Anschluß hieran kann mitgeteilt werden, daß die Fragen der industriellen Demokratie und der Sozialisierung in der schwedischen Arbeiterbewegung lebhaft behandelt werden, sogleich diese Fragen hier nicht dieselbe Aktualität wie im Auslande erreicht haben. Diese, wie auch verwandte Fragen, werden täglich allmählich und schrittweise erörtert und sind auch Gegenstand des allgemeinen Interesses. Seitens der seit einiger Zeit abgetretenen sozialdemokratischen Regierung wurden einige besondere Kommissionen für die Auseinandersetzung dieser Fragen eingesetzt. Ferner hat die Gewerkschaften der Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zusammen eine Kommission zur Erleuchtung dieser Fragen gebildet. Auf beiden Seiten hat der Metallindustriearbeiterverband die Gelegenheit wahrgenommen, die Interessen der Metallarbeiter und ihre Ideale mit Konsequenz und Geschick zu vertreten.

Ein schwerer Kampf in der Metallindustrie der deutschen Gebiete in der Tschechoslowakei

Ein Kampf von ungeheurer Tragweite und heute noch nicht abgesehenen Folgewirkungen ist in der Metallindustrie der deutschen Gebiete in der Tschechoslowakei ausgebrochen, ein Kampf, der nicht nur die an demselben direkt beteiligten Parteien hart — wird, sondern auch für die übrige am Kampfe nicht beteiligte Arbeiterschaft die verhängnisvollen Folgen zeitigen kann. Es ist das erste Mal, daß in unserer Industrie eine derartige große Schlacht geschlagen wird und beide Parteien, Arbeiter und Unternehmer, werden ihre ganze Kraft einsetzen, um Sieger zu bleiben. Jehntausende sind durch den Kampf bereits in Mitleidenschaft gezogen und es ist nur eine Frage weniger Tage, ob sich dieser Kampf nicht noch mehr vergrößern wird. Auswärtigen keinen Ursachen entstanden, ist dieser Kampf doch zu einem Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit geworden und die Unternehmer wollen die für sie besonders günstige Zeit der wirtschaftlichen Stagnation benutzen, um den Arbeitern die Erzeugnisse zu

der Nachkriegszeit wieder zu entziehen. Der reaktionäre Machtkampf, der prächtige Schachmattstandpunkt hat diesen Kampf diktiert und es ist die Absicht der Unternehmer, die Arbeiter wieder zu rechtlosen Sklaven zu machen, wie es in der Vorkriegszeit der Fall war.

Dieser Kampf in den deutschen Grenzgebieten der Tschechoslowakei ist aber auch symbolisch für die Arbeiter anderer Länder, denn wenn es hier gelingt, die Arbeiterschaft niederzuringeln, werden sehr bald dieselben Versuche auch in anderen Ländern gemacht werden; denn dieser Staat ist in seiner Struktur ein Exportstaat und wenn hier die Arbeiter durch diesen Kampf niedergedrückt und rechtlos gemacht werden, dann können die Unternehmer die Löhne diktieren und sie werden dadurch in der Lage sein, viel billiger zu produzieren als anderswo und die Folgen werden auch die Arbeiter jener Länder spüren, deren dann von ihrer Konkurrenz geboten wird. Je mehr in einem Lande die Krise wütet, desto stärker fühlen sich die Unternehmer, und wenn die Metallindustriellen dieses Staates Sieger bleiben und ihre reaktionären Absichten verwirklichen können, dann wird dieses Beispiel die Nachahmungsabsichten der Schachmatt in anderen Ländern stärken.

Die Vorgeschichte dieses Konflikts ist im folgenden kurz aufgezählt. Bis zur Beendigung des Weltkrieges hatten wir in unseren Gebieten keine besonders starken Arbeiterorganisationen und waren die Arbeiter dem Unternehmertum meistens auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Jeder Arbeiter, der sich mehr als üblich organisatorisch betätigte, wurde entlassen und verfolgt. Die „schwarzen Listen“ spielten in Deutschböhmen damals eine viel größere Rolle als anderswo und jede freie Bewegung der Arbeiterschaft wurde von den Unternehmern brutal unterdrückt. Diese menschenwürdigen Zustände verschlechterten sich während des Krieges noch mehr und als der Krieg zu Ende ging, war die Bahn für eine bessere Entwicklung der Organisationen gegeben. Die Revolution räumte auch bei uns mit dem Absolutismus auf und während die Bourgeoisie vollständig übertrug die Entwicklung der Dinge tatlos zusah, haben sich die Arbeiter starke und leistungsfähige Organisationen geschaffen. Im ersten Ansturm wurde der achtstündige Arbeitstag erobert und der Absolutismus aus den Betrieben entfernt. Das Proletariat, aus seiner Lethargie erwacht, entfernte jene Leute aus den Betrieben, die es während der Kriegszeit so unmenslich bedrückt und gequält hatte. Die Löhne mußten der Verteuerung zum Teil wenigstens angepaßt werden und so in den letzten zwei Jahren die Verteuerung immer weiter stieg, löste eine Lohnbewegung die andere ab.

Eisen

Mensch und Eisen sind verwandt:
Die gleiche Sehnsucht hin zur ferne!
Die gleiche Sehnsucht hin zur Form!

Mit starken Schöpferhänden
Reissen wir den Eisenstein aus den Gebirgen.
Was in der Berge Fesseln
Jahrmillionen träumte —
Wird frei!

Hochöfen brausen! Hochöfen zischen!
Weissgluten strahlend springt in die Tiegel
Der eiserne Quell.
Riesige Birnen umpranken den Steinsaft.
Verbrennen und pressen! Härten und klären!
Werde — o Stahl!

Wir hämmern und feilen, wir Leben und glätten,
Verdrauben, verbolzen, denten und fühlen —
Jetzt stürme, Maschine!
Das Eisen wird Form! Das Eisen ist frei!

Mensch und Eisen sind verwandt:
Die gleiche Sehnsucht hin zur ferne!
Die gleiche Sehnsucht hin zur Form! Mas Dorte.

Andererseits hatte aber auch das Unternehmertum begriffen, daß es gegen das nun gut organisierte Proletariat so ziemlich machtlos war und da durch die Valutaverhältnisse bedingt die Industrie ziemlich prosperierte, war es den Metall- und sonstigen Berufsarbeitern möglich, alle Lohn- und sonstigen Streitigkeiten während dieser Zeit im Wege der Vereinbarungen zu erledigen. Solange die Konjunkturerhältnisse dies gestatteten, mußten die Unternehmer — wenn auch widerwillig — den Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen und so blieb die Industrie und Wirtschaft von schweren Erschütterungen durch Kämpfe verschont.

Nun haben sich aber die Verhältnisse gewaltig geändert. Amerika und England überflogen mit Waren und da außerdem alle in der Welt der schlechten Valuta von Spekulanten aufgekauften Waren jetzt auf den Markt kommen, wird die Wirtschaftsfähigkeit dieser Situation wollen nun die Unternehmer ausweichen und den Einfluß der Gewerkschaften brechen. Die Weltreaktion bestraft unser Unternehmertum in seinen Absichten und Plänen und deshalb wird ihm die Wirtschaftskrise zur unzulänglichen Gelegenheit, die Macht der Arbeiter zu verringern und die Errungenschaften, die sich die Arbeiter in der guten Konjunktur erkämpft haben, wieder zu beseitigen.

Diese Tat ist von den Unternehmern seit langer Zeit bereits vorbereitet und organisiert worden. Die Metallindustriellen, die über die bestausgebildete Organisation verfügen, sind als die Avantgarde anzusehen, die Machtkämpfe durchzuführen. Sie sind die Planiere der Unternehmer der übrigen Branchen und wollen sehen, wie stark die Organisationen, wie groß die Opferbereitschaft und wie stark die revolutionäre Stimmung der Massen ist. Gerade deshalb ist die Bewegung der Metallarbeiter zum Monetteil für die anderen Branchen geworden, vom Ausgang dieses Kampfes hängt das Schicksal aller Arbeiter in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei ab.

Es handelt sich in diesem Kampfe weniger um Lohnfragen, sondern mehr um die prinzipiellen Rechte der Arbeiter in den Betrieben. Auch in der Tschechoslowakei steht das Wirtschaftskrisengefühl auf der Tagesordnung und die Nationalversammlung wird sich in der nächsten Session damit beschäftigen. Wenn nun die Arbeiterschaft auf der Erleuchtung dieses Gesetzes besteht, andererseits aber durch das mehr als zehnjährige Wirken unserer Gewerkschaften der Absolutismus in den Betrieben doch zum großen Teil beseitigt wurde, könnten die Herren, daß bei der Verteuerung dieses Gesetzes der gegenwärtige Zustand für immer festgelegt wird. Geht es ihnen hingegen, die heute bestehenden besseren Bestimmungen aus der Welt zu schaffen, dann wird selbstredend das Gesetz den Arbeitern viel weniger Rechte bringen.

Daß dem so ist, geht aus der unmittelbaren Ursache des Konflikts hervor. Der Internationals Metallarbeiterverband, mit dem sich in Komotau, steht mit der Organisation der Metallindustriellen seit mehr als zwei Monaten in Vertragsverhandlungen. Die Verhandlungen gegen sich ganz unantizipiert sehr in die Länge und da auch die Arbeiter begriffen haben, daß mit der Frage des Preisabbaus der Lohnabbau aktuell wird, wurden nur geringe Erhöhungen — und nur für jene Betriebe, wo es begründet ist — verlangt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Preissteigerungen in dem in Frage kommenden Gebiet so minimal sind, daß der Kaufwert der Lohnsätze kaum etwas über 50 Prozent des Vorkriegszeitstandes beträgt. Dazu kommt noch, daß in der allerletzten Zeit schon mit einer ganz gewaltigen Verteuerung der Mehl- und Brotpreise sowie der Wohnungsmieten usw. gerechnet werden muß. Das alles berücksichtigt, wurden bei den letzten Verhandlungen, die unter Vorstift eines Regierungsvertreters stattfanden, die Forderungen der Arbeiterschaft auf folgende Basis reduziert:

1. Stabilisierung der Löhne, Erneuerung der Verträge zu den jetzt bestehenden Löhnen auf eine längere Zeit, womöglich 6 Monate.
2. Der neue Kollektivvertrag (prinzipielle Vereinbarungen) muß

auf Grund der bereits gepflogenen Verhandlungen bis 31. März neu abgeschlossen werden.

3. Anstelle der Lohnforderungen wird eine einmalige Zahlung verlangt, über deren Höhe und Art die Unternehmervertreter Gegenanschläge machen sollen.

4. Es ist durch eine Kommission festzustellen, welche Firmen außerstande sind, eine solche Zahlung zu machen, und sollen diejenigen, bei denen dies zutrifft, von dieser Verpflichtung ausgeschlossen werden.

Diese Forderungen wurden von den Vertretern der Unternehmerorganisation abgelehnt und die Verhandlungen abgebrochen. Zur Charakterisierung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse sei noch bemerkt, daß in einer Sitzung unter Vorsitz des Leitenden Gewerbeinspektors festgestellt wurde, daß das Existenzminimum für eine vierköpfige Familie pro Woche 463 Krone beträgt. Die in der Metallindustrie derzeit bezahlten Stundenlöhne betragen für einen arbeitenden Hilfsarbeiter 254,40 Krone, einen qualifizierten Hilfsarbeiter 292,80 Krone und für einen Professionsisten 316,80 Krone pro Woche. Alle Löhne bleiben also weit hinter dem Existenzminimum zurück. Als nun die Ablehnung unserer Vorschläge durch die Unternehmer dem Arbeiter bekannt wurde, setzte in einigen Betrieben spontan die passive Resistenz ein und die Unternehmer nahmen dies zum Anlaß, die Aussperrung zu vollziehen. 65 Betriebe im Grenzgebiet zwischen Böhmen und Eger mit rund 12000 Arbeitern sind gesperrt, doch besteht die Gefahr, daß der Kampf, wenn die Unternehmer nicht sehr bald zu einer anderen, besseren Stellungnahme kommen, noch vergrößert wird. Hinzu kommt, daß es sich nicht nur um die Einseitigkeit der Unternehmer gegenüber, sondern auch um die Erschütterungen des Wirtschaftslebens ausgeht, sein Ende findet. Daß auch die übrige Arbeiterschaft vom nordwestlichen Böhmen die Gefahr, die ihr droht, erkannt hat, geht daraus hervor, daß eine Reihe von Branchenorganisationen den ausgesperrten Metallarbeitern ihre Solidarität bis zur äußersten Konsequenz, ja sogar die direkte Beteiligung zugesagt haben.

Wie früher schon immer, sollen sich auch diesmal die Arbeiter wieder ganz auf die Seite der Arbeiter stellen und wurden auf Wunsch der letzteren bereits in Böhmen und anderen Orten die Betriebe, die ihre Arbeiter ausgesperrt haben, mit Gendarmerie besetzt. Man fürchtet jedoch, daß die Metallarbeiter, durch die Aussperrung zur Verzweiflung gebracht, sich das Leben wollen, was ihnen von Seiten ihrer Vorgesetzten vorzuschreiben wird. Doch nichts von alledem wird geschehen, denn gerade die Metallarbeiter von Deutschböhmen wissen, daß ihr Schicksal mit dem der übrigen Arbeiter zu eng verbunden ist, wissen, daß man nicht durch Ruß die Dinge ändern kann und werden daher auch in diesem Kampfe, an vorderster Stelle stehend, ihren Mann stehen und werden die reaktionären Pläne der Unternehmer zurück zu schlagen. Aber den weiteren Verlauf dieses Kampfes unserer deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei werden wir noch berichten.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

Für die Berichtwoche vom 13. bis 20. März sind von 622 Unternehmern Mitteilungen eingegangen. Dies erstreckt sich auf 25 257 Betriebe und 1 922 608 Arbeiter. Das Ergebnis der Feststellungen ist folgendes:

| | Berichtwoche | | Vormoche | |
|-----------------|--------------|-------|----------|-------|
| | absolut | % | absolut | % |
| Vollbeschäftigt | 28 521 | 92,4 | 17 002 | 92,0 |
| Ertüchelt | 245 | 1,0 | 5 194 | 0,8 |
| Kurzarbeiter | 1 631 | 6,6 | 148 198 | 7,7 |
| zusammen | 30 397 | 100,0 | 18 390 | 100,0 |

Die Zahl der Vollbeschäftigten erhöhte sich um 11 519, während sich die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte. Auch bei den ertüchelten Betrieben trat eine kleine Erhöhung ein. Die in obigen Bezirken wurde folgendes festgestellt:

| Bezirk | Betriebe | Arbeiter | Vollbeschäftigt | | Kurzarbeiter | | Ertüchelt | |
|--------------|----------|----------|-----------------|-------|--------------|-----|-----------|-------|
| | | | absolut | % | absolut | % | absolut | % |
| Rönlingsberg | 27 | 264 | 16 052 | 99,8 | 10 872 | — | — | — |
| Erlau | 54 | 692 | 39 261 | 97,1 | 26 908 | 7 | 0,2 | 23 |
| Dreslau | 51 | 1 030 | 142 458 | 100,0 | 158 171 | 8 | 0,2 | 23 |
| Brandenburg | 46 | 618 | 44 880 | 99,6 | 40 695 | 6 | 0,1 | 46 |
| Dresden | 52 | 1 448 | 182 717 | 100,0 | 101 886 | 18 | 0,1 | 240 |
| Erzgeb. | 51 | 894 | 59 766 | 99,5 | 52 044 | 9 | 0,1 | 80 |
| Hannover | 47 | 626 | 61 500 | 99,2 | 56 081 | 3 | 0,0 | 39 |
| Halle | 49 | 502 | 88 802 | 99,8 | 86 223 | — | — | 16 |
| Hamburg | 56 | 4 780 | 142 648 | 97,8 | 141 978 | 3 | 0,0 | 23 |
| Hiesfeld | 18 | 274 | 84 399 | 99,7 | 75 682 | — | — | 7 |
| Essen | 16 | 785 | 324 189 | 99,7 | 291 092 | 1 | 0,0 | 17 |
| Hagen | 23 | 844 | 156 884 | 99,9 | 130 226 | 21 | 0,0 | 62 |
| Köln | 18 | 612 | 118 169 | 99,6 | 110 646 | 1 | 0,0 | 45 |
| Frankfurt/W. | 60 | 1 918 | 177 647 | 99,9 | 165 002 | 30 | 0,1 | 117 |
| Stuttgart | 68 | 2 205 | 215 791 | 99,1 | 179 831 | 9 | 0,0 | 326 |
| Nürnberg | 67 | 5 535 | 118 589 | 99,2 | 97 496 | 158 | 0,1 | 188 |
| Zusammen | 622 | 25 257 | 1 922 608 | 99,8 | 1 700 212 | 245 | 0,0 | 1 001 |

Vormoche: 622, 25 254, 1 821 064, 28 537, 1 700 761, 243, 506, 1 001, 1 001

Die Zahl der beobachteten Orte ist ganz erheblich größer als die Angaben in dieser Spalte. Der Wirkungsbereich sehr vieler Unternehmungen erstreckt sich auf mehrere Orte, ein Teil der Beobachtungen erstreckt sich auf mehrere Betriebe. Eine Schätzung der beobachteten Orte erfolgt nicht.

Eine geringe Zunahme der Vollbeschäftigten gegenüber der Vormoche trat ein in den Bezirken Brandenburg, Hannover, Hagen, Hamburg und Nürnberg; eine größere Zunahme der Vollbeschäftigten ist für den Bezirk Frankfurt zu verzeichnen, in allen anderen Bezirken war die Zahl der Vollbeschäftigten geringer als in der Vormoche. Demgegenüber steht eine erhebliche Zunahme der Kurzarbeiter in den Bezirken Essen, Erfurt und Stuttgart und eine geringe Zunahme der Kurzarbeiter in den Bezirken Rönlingsberg, Dresden, Dresden, Erzgeb., Halle, Hiesfeld, Köln und Nürnberg.

Die Feststellungen über die Dauer der Kurzarbeit ergeben folgendes: Es arbeiteten

| Stunden | in der Berichtwoche | | in der Vormoche | |
|-----------|---------------------|----------|-----------------|----------|
| | Betriebe | Arbeiter | Betriebe | Arbeiter |
| 43 bis 45 | 148 | 8,7 | 17 022 | 11,9 |
| 36 | 41 | 5,71 | 61 268 | 34,6 |
| 32 | 85 | 5,63 | 92 265 | 51,8 |
| 24 | 81 | 5,26 | 41 961 | 23,8 |
| unter 24 | 78 | 4,9 | 5 029 | 2,8 |

Die Zahl der durch die Erhebung festgestellten Verbandsmitgliedern betrug (einschließlich Berlin) 1 516 203. Von diesen waren 42 835 arbeitslos, 99 554 Kurzarbeiter. Das sind 2,93 v. H. (Vormoche 2,76) Arbeitslose, 6,56 v. H. (Vormoche 6,42) Kurzarbeiter. Im Wirkfeld ist die Zahl der Arbeitslosen und insbesondere der Kurzarbeiter erheblich größer. Einem Teil der Verwaltungen ist es immer noch nicht möglich, genaue Angaben zu machen. Das trifft vor allem auf Berlin zu. Die Zahl der von dort gemeldeten Kurzarbeiter steht in keinem Verhältnis zur Wirklichkeit. Die Betriebsräte und Vertrauensleute sollten alles daran setzen, um den Ortsverwaltungen zuverlässige Zahlen an die Hand zu geben; nur durch Erfassung aller Arbeitslosen und Kurzarbeiter können wir ein zutreffendes Bild über die Arbeitslage erhalten.

Die Zahl der festgestellten Empfänger von Reichsarbeitslosenunterstützung beträgt 25 461 (Vormoche 24 982), die Summe der in der Berichtwoche vom Verband bezahlten Arbeitslosenunterstützung betrug 384 273 M.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 10. April ist der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. April 1921 fällig.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Verband des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rübelsstraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

| Verwaltung | Für die Mitglieder der Beitragsklasse: | | | Beginn der Beitragserhebung |
|------------|--|----|-----|-----------------------------|
| | I | II | III | |
| | 100 | 80 | 80 | |

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung politischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der Arbeiter Max Wör, geb. am 10. Juni 1880 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 3.078.431, wegen Streikbruch;
- die Arbeiterin Elise Dumke, geb. am 14. September 1897 zu Soldin, Mitgliedsbuch Nr. 3.338.982, wegen Streikbruch;
- der Maschinenformer Gustav Hirsch, geb. am 1. Mai 1874 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 2.292.328, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Schweinfurt: Der Dreher Andreas Franz, geb. am 25. Juli 1885 zu Kitzingen, Mitgliedsbuch Nr. 2.768.368, wegen betrügerischen Manipulationen.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugug ist ferngehalten:

- von Drahtziehern nach Magdeburg (Otto Mansfeld & Co. Silberdrahtfabrik und Präzisionszylinderwerk und Karl Rühlsteyn Drahtseil- und Hanftauewerk) D.;
- von Formern und Schleifarbeitern nach Göttingen (Göttinger Maschinenfabrik) M.; nach Saarbrücken (Schmidt & Schmeel Maschinenfabrik) M.;
- von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz u. nach Leipzig D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bodnig (Bodnighammerwerk) St.; nach Düsseldorf (Ja. Gustav Zimmermann, Maschinenfabrik) St.; nach Finnland; nach Freiburg i. B. (Sägewerk Himmelsbach in Krohningen) v. St.; nach Hamburg; nach Ludenwalde St.; nach Luxemburg L.; nach Marienthal St.; nach Torgau (H. W. Lauchhammer, Mt. Stahlwerk) St.; nach Weippenfels a. S. L.; nach Wetzlar u. Hilar St.

A. = Schichtbewegung; D. = Differenz; a. St. = Streik in Sicht; St. = Stadt; R. = Röhrenleitung; M. = Maschinenbau; L. = Ausland.

Die Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Nachprüfung der Sperrung erfolgt nach dem Ortskomitee und dem Bezirkskomitee eingehend und nach dem besten Interesse.

Arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der beabsichtigte Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Sperrung bei der geschäftlichen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand anzugeben. Das Scheitern ist von der Verwaltung, der das Mitglied gemäß angeht, zum Nachweis der Mitgliedschaft abzumachen zu lassen.

Berichte

Metallarbeiter.

Stuttgart. Das Jubiläum der Berufslosigen Metallarbeiter in Wien wird von einem Herrn Krüger geleitet, einem geschworenen Arbeiterführer. Im Hauptwort als Direktor tätig, ausübend er eine Tätigkeit, die die Arbeiterschaft nicht mehr ertragen konnte. Seine Lebenszeit war nämlich nicht mehr dort und so wurde für ihn nach einem anderen gesucht. Im hiesigen Werk war ein Mann an der Spitze, der seinerseits das Werk gehörig und der versuchte, mit der Arbeiterschaft, so gut es die heutigen Verhältnisse zuließen, in Frieden auszukommen. Der Auf der Hauptleitung nach mehr Profil ließ ihn nach der Arbeiterschaft greifen. Die Arbeiterschaft war damit einverstanden, nur wurde ein Mindestlohn für Arbeitslosenverordnungen festgelegt und das Ansehen der Arbeiterschaft durch Willkür der Arbeiterschaft verlor. Verträge von 3,80 bis 4,50 M ohne Lohnzusatz gingen den nach Profil für Arbeitslosenverordnungen über die Geschäftszahl und so wurde der gute Mann auf die Straße und Herr Krüger an seine Stelle gesetzt. Es kommt selten etwas Besseres, so auch hier. Auf seinen Wunsch, der Betriebsrat möge sich um 1/2 Uhr nachmittags bei ihm versammeln, wurde ihm die richtige Antwort gegeben: Es ist kein Problem. So ging es anders Tag während der Arbeitszeit. Ein guter Herr hat der Liebe Mann doch noch offenbart es auf folgende Weise: Er sagte zu den Arbeitern: „Nun, ich meine an, daß ihr alle selbst gesehen seid und Ordnung macht.“ Er kam aber bald wieder an, denn der Betriebsrat und die Arbeiterschaft hatten nach 4 1/2 Jahren Krieg Soldates genug gesehen. Die Löhne abzubauen, das war die erste Aufgabe Krügers. Mit seiner Tätigkeit zeigte gleich höchste Befähigung ein, die Folge war Beschäftigung 3 bis 4 Tage die Woche. Nebenbei machte er auch die notwendigen Elemente davon glauben. Als er glaubte, nun sei die Arbeiterschaft wieder, ging er davon, 12 Mann zu entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel in der Fabrik, er damit die ihm Unschickliche aus dem Betrieb entlassen. Schon nach 3 Tagen kam er mit der fremden Sprache: „Rechnung gemacht vorhanden, arbeiten könnt ihr 12 und 13 Stunden, je länger, je lieber. Die Arbeiterschaft fiel auf den Schwanz herein und arbeitete sogar ohne Überwachungsmaß, obwohl die Organisationskommission ihnen die Verantwortung ihres Lohns verleiht. Der Betriebsrat hatte kein Amt zur Verfügung, eine Versammlung außerhalb des Betriebs bestimmte andere Kollegen, welche zur Bestätigung werden sollten. Die Mittel wurden herbeigeholt, aus dem Arbeitslohn Nr. 2 zu dem zu bringen, selbst Krüger hatte keine Person ein. Den Weisern, welche die Organisationskommission unterzeichnet hatten, erklärte er: „Ich muß annehmen, daß ihr gegen mich seid, und werde danach handeln.“ Die Antwort ist ihm die Arbeiterschaft nicht schuldig geblieben, die Opposition erklärt 4, die anderen 1 Arbeiter in den Betrieb. Doch nach einigen Tagen war wieder keine Arbeit mehr da, es mußte wieder angeordnet werden. So ging es 3 bis 4 Wochen lang, nach 8 Tagen vor Beendigung wurde der Betrieb geschlossen, mit Ausnahme einiger Metallarbeiter. Benachteiligte Kollegen klagten unter diesen Umständen dem Betrieb des Rüdels und so konnte die Belegschaft einschließlich der Arbeiterinnen bis auf 60 gesunken. Um zu verhindern, daß noch mehr gehen, wurde in der letzten Woche der Betrieb wieder geöffnet mit der Bedingung, daß die Arbeiterschaft mit den Mindestverordnungen des Reichsausschusses zufrieden ist und keinen Hinweis mehr verlangt. Den Arbeitern wird nun gegenüber, für 2,64 M pro Stunde (früher 3,40 M) zu arbeiten. Eine Arbeiterin,

welche vorher 2,10 M hatte, bekam noch 1,20 M, und wenn's nicht paßt, der kann gehen. Eine Arbeitslosige kennt man überhaupt nicht mehr. Kollegen, welche die Bezahlung nach den Bestimmungen des Reichsausschusses verlangen, werden sofort entlassen. Kollegen, warum werdet ihr so behandelt? Nur deshalb, weil ihr eure Betriebsvertretung (den Betriebsrat) im Stich gelassen habt. Der Betriebsrat war für euch nur Luft, ihr habt ihn noch mit Verleumdung und nun geht eure Saat auf. Am eigenen Selbstmord bekommt ihr es zu spüren, was ihr all die Zeit gesündigt habt. Wenn ihr von den Geschäftsführern eurer Organisation an eure Pflicht erinnert werdet, habt ihr im Wesen der Unternehmer geantwortet: Ja, dann treten wir aus dem Verbande aus. So darf es nicht wundernehmen, wenn das Unternehmen frech wird. Den Kollegen, welchen vielleicht einmal die Gelegenheit geboten werden sollte, bei dieser Firma in Arbeit treten zu können, rufen wir zu: Weibet diesen Betrieb, wenn ihr vor Schaden bewahrt sein wollt, denn eures Bleibens wäre nicht lange, ihr wäret nur um eine Enttäuschung reicher.

Rundschau

Die Freimachung von Arbeitsstellen.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die bereits kürzlich angekündigt wurde, hat die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen nunmehr eine sehr wesentliche Einschränkung erfahren. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 5. März 1921, die in diesem Lager im Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht worden ist, kann die Freimachung von Arbeitsstellen nur noch in Orten stattfinden, die mehr als 100.000 Einwohner haben und in denen die Zahl der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung regelmäßig mehr als 1/4 v. H. der Bevölkerung beträgt. Die Verordnung ist mit dem 15. März 1921 in Kraft getreten. Mit dem 31. März 1921 verlieren alle Anordnungen der Demobilisierungsdienste in allen Orten, die die genannten Bedingungen nicht erfüllen, ihre Wirkung. In den Orten, in denen die Freimachung noch weiter möglich ist — es handelt sich nur um ein knappes Dutzend, darunter Berlin, Hamburg, Leipzig, München —, wird sie übrigens künftig nicht mehr von den Demobilisierungsdiensten durchgeführt werden können, weil diese bis zum 31. März 1921 aufgelöst werden. Die Durchführung wird vielmehr auf einen andern Ausweg übergehen, dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehört. Dafür kommt in erster Linie der Verwaltungsausschuss des öffentlichen Arbeitsnachweises in Frage.

Die Armee der Arbeit.

Unter dieser Überschrift lesen wir im „Vorwärts“: Eine interessante Statistik über die internationale Gewerkschaftsbewegung macht kürzlich durch die Arbeiterpresse Englands die Runde. Sie erstreckt sich auf 20 Länder und zeigt die Entwicklung der Gewerkschaften in der Zeit von Ende 1910 bis Ende 1919. In den 20 Ländern wurden 1910 rund 10.830.000 Organisierte gezählt, deren Zahl bis Ende 1919 auf 32.630.000 angewachsen war. Für die einzelnen Länder ergeben sich die folgenden Zahlen:

| | 1910 | 1919 | | 1910 | 1919 |
|-------------|-----------|-----------|------------|---------|---------|
| Deutschland | 2.960.000 | 9.000.000 | Ungarn | 80.000 | 500.000 |
| England | 2.400.000 | 8.024.000 | Kanada | 120.000 | 878.000 |
| Der Staaten | 2.100.000 | 5.607.000 | Dänemark | 124.000 | 380.000 |
| Frankreich | 977.000 | 2.563.000 | Schweden | 115.000 | 389.000 |
| Italien | 817.000 | 1.800.000 | Schweiz | 76.000 | 224.000 |
| Österreich | 200.000 | 772.000 | Spanien | 41.000 | 211.000 |
| Belgien | 189.000 | 750.000 | Norwegen | 47.000 | 144.000 |
| Schweiz | 100.000 | 657.000 | Neuseeland | 57.000 | 100.000 |
| Australien | 302.000 | 625.000 | Finnland | 15.000 | 41.000 |
| Holland | 154.000 | 625.000 | Südafrika | 7.000 | 20.000 |

Fast 33 Millionen organisierter Profetarbeiter! Diese Riesenarmee, zusammengesetzt durch dieselbe Not, durch dasselbe Sehnen und Ringen nach Freiheit, nach einer besseren, gerechten Weltordnung, stellt eine Weltmacht dar. Diese Zahlen lassen uns zwar nicht die Macht des Kapitalismus begreifen, aber sie erfüllen uns dennoch mit Siegeszuversicht, weil wir wissen, daß keine Macht der Welt der internationalen Armee der Arbeit widerstehen kann, wenn sie einig ist.

Es würde interessant sein, von der sogenannten „Roten Gewerkschaftsinternationale“ einmal eine Statistik von ihrem organisatorischen Anhang veröffentlicht zu sehen. Diese Phrasenhelden begnügen sich damit, die einzig reale internationale Macht zu begehren und in den Schmutz zu ziehen. Die späteren Arbeitergeschlechter werden für die gegenwärtig an der Gewerkschaftszersplitterung arbeitenden sogenannten Kommunisten nur einen Fluch übrig haben, weil sie in dieser ärmlichen Stunde es zuwege brachten, die Gewerkschaftsbewegung, die sich aufbaute, ein großartiger Machtfaktor im internationalen Leben zu werden, an ihrer Kulturmission zu hemmen.

Arbeiterrechtliches.

Kuß der Arbeitgeber Lohn zahlen für die Zeit, die ein Arbeiter durch seine Funktion als Gewerkschafter verliert? Diese Frage entschied mit „Ja“ das Landgericht Plauen i. Vogell. Ein Schlosser hatte an fünf Tagen als Gewerkschafter fungiert. Für diese Zeit erhielt er keinen Lohn von der Firma, bei der er beschäftigt war. Das Gericht zahlte nur Reisekosten und Tagegelde. Der Lohnverlust konnte der Arbeiter nicht tragen und so verlangte er gerichtliche Entscheidung vom Amtsgericht. Der Antrag auf Zahlung von Lohn kann sich nur auf § 616 des BGB. stützen.

Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Bezahlung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird.

Das Amtsgericht wies die Klage ab, da die Zeit — 5 Tage — für den Arbeitgeber bei der Abwesenheit seines Betriebes — 13 Arbeiter — „erheblich“ sei. Ferner verwies das Amtsgericht auf die Bestimmungen in § 35 Abs. 6, 8 II des Gerichtsverfassungsgesetzes, wonach diejenigen Parteien, welche glaubhaft machen, daß sie den mit der Ausübung des Amtes verbundenen Aufwand nicht zu tragen vermögen, die Bezahlung zum Schadenersatz abblehen dürfen. Das Landgericht entschied: In solchen Fällen ist der Lohn nicht unter allen Umständen zu zahlen, sondern es muß die jeweiligen Umstände zu berücksichtigen und von Fall zu Fall zu entscheiden.

Das Landgericht ging auf den angelegten § 35 des Gerichtsverfassungsgesetzes gar nicht ein und gab der Klage des Arbeiters statt. Der Grund für die Klage des § 616 liegt in sozialen und sozialpolitischen Rücksichten. § 616 geht von dem geltenden Grundgesetz aus, daß der Arbeitnehmer wirtschaftlich schwächer dastehet als der Arbeitgeber und trägt dieser Erkenntnis dadurch Rechnung, daß er dem Arbeitsschwerer den Anspruch auf Bezahlung auch dann zuerkennt, wenn er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund, ohne ohne sein Verschulden, an der Dienstleistung verhindert wird. Bei der Auslegung des Begriffs: „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ ist der subjektive Maßstab zu legen. Es kommt auf die Dauer der Verhinderung an, nicht auf die Natur der Dienstleistung und die Dauer des Dienstverhältnisses andererseits an. Im vorliegenden Falle sei die Dauer nicht „erheblich“ zu nennen, zumal die Arbeit des Klägers ohne wesentliche Verlusten des Arbeitgebers von dem Arbeitsschwerer des Klägers mit versehen wurde. Aber auch aus anderen Erwägungen hat das Gericht sich dem Antrag des Klägers gefügt. Überträgt man nämlich die allgemeine (gesetzliche) Abfertigung des § 616 BGB. auf die Bezahlung zum Schadenersatz, so ergibt sich folgendes:

Niemand darf an der Ausübung des Eigentums eines Gewerkschaftern aus finanziellen Gründen gehindert werden, insbesondere durch einen Angehörigen oder Arbeiter durch Verhinderung dieses Eigentums wirtschaftliche Nachteile durch Lohnzahlung nicht erwachen,

denn der Arbeitnehmer gilt als der wirtschaftlich Schwächere. Andernfalls würden die Bestimmungen über die Bezahlung eines Gewerkschaftern nur auf dem Papier stehen, während in Wirklichkeit nur die beständigen Preise in der Lage wären, das auszubilden. Damit läme man zu einem ungesunden, unsozialen Ergebnis und grundfänglich geht bei Widerstreit zwischen privatem und öffentlichem Recht das öffentliche Recht vor. Die Reisekosten und Tagegelde dürfen nach § 616 BGB. nicht auf den Lohn angerechnet werden.

Die Weiterarbeitslosigkeit.

Die unter dieser Überschrift gebrachte Notiz in Nr. 12 der M.-Z., von uns einer Tageszeitung entnommen, entspricht, wie uns das Internationale Arbeitsamt in einem Schreiben mitteilt, nicht den Tatsachen. Eine solche Statistik sei vom Internationalen Arbeitsamt nicht herausgegeben worden. Wir stellen dies hiermit richtig.

Berichtigung.

Die in dem Artikel „Aus der Automobilindustrie“ in Nr. 12 der M.-Z. mitgeteilten Löhne der Firma Daimler in Unterfranken sind nach einem Schreiben des Arbeiterrats der Daimlerwerke zu hoch angegeben. Sie betragen für Facharbeiter pro Stunde 5,70 bis 6,05 M, für Maschinenarbeiter 5,35 bis 5,55 M, für Hilfsarbeiter 4,10 bis 4,58 M. Wir bitten, dies zu beachten.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Deutschlands Schicksal? Durch Leid zu neuem Aufstieg. Von Mathias Wagner. Verlag R. Wagner, G. m. b. H., Frankfurt a. M., Kaiserhofstr. 18.

Technischer Selbstunterricht für das deutsche Volk. Vielfältige Anleitung zur Selbstausbildung in allen Fächern und Hilfswissenschaften der Technik. Unter Mitarbeit von Johann Reiber, Professor in München, herausgegeben von Karl Barth. Verlag R. Oldenbourg in München und Berlin. Vorstufe I. 64 Seiten. 4. 1921. Gebestet 6 M. Das Werk erscheint in 4 Bänden von insgesamt 18 Bänden zu je 6 M. Gliederung des Werkes: I. Technische Hilfswissenschaften (Vorstufe); II. Naturkräfte und Baustoffe; III. Bauwesen; IV. Elektrotechnik.

Waffe Mensch. Von Ernst Toller. Preis brosch. 10 M, geb. 14 M. Gustav Kiepenheuer, Verlag, Potsdam, Victoriastraße 59.

Die neue Moral und die Arbeiterklasse. Von A. Kollontaj. Preis 6 M, geb. 9,50 M. — Das zaristische Rußland. Von Victor Panik. Preis 18 M, geb. 25 M. Verlag W. Seehof & Co., Berlin G. 54, Neue Schönhauserstr. 9.

E. Menzel: Das Gärten, Schweißen und Böden von Stahl und Eisen. Reicht vielen Rezepten für praktische Hilfsmittel. Mit 15 Abbildungen. 2. Auflage, vollständig neu bearbeitet von G. Schön. Verlag Carl Pataky, Berlin W. 35. Preis 8 M.

Automobiltechnische Bibliothek. Bd. XI: Das Motorrad und seine Konstruktion unter Berücksichtigung des Fahrbau- und Seitenwagenbaues sowie der Sonderkonstruktionen. Von Kurt Hausland. Mit 399 Abbildungen und 13 Konstruktionsstufen. Verlag von W. Frahn, Berlin W.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(W. a. G., Hamburg.)

Durch Verhandlung mit dem Reichsausschussamt wurde erreicht, daß das Sterbegeld auch über 300 M erhöht werden kann, ohne daß in absehbarer Zeit der Klasse Nachteile daraus erwachsen. Demzufolge wurde der Ausschussrat veranlaßt, gemäß § 25 Abs. 3 der Satzungen den § 14 entsprechend zu ändern. Am 18. März hat nunmehr das Reichsausschussamt genehmigt, daß § 14 Abs. 2 b. S. wie folgt geändert wird: 1. Klasse nach 10 Jahren 375 M, nach 15 Jahren 450 M. Diese Satzungsänderung tritt am 1. April in Kraft, so daß schon für den ersten Sterbefall, auf den die Änderung Bezug hat, das erhöhte Sterbegeld gezahlt wird.

Die Jahresabrechnung wird gemäß dem bestehenden Beschluß der letzten Generalversammlung hergestellt. Sie erscheint Anfang dieses Monats und wird nach § 33 Abs. 3 b. S. für 5 J. an die Mitglieder abgegeben. Abgegeben von den Pflichtemplaren für die Ortsverwaltungen, erfolgt Sendung nur auf Bestellung. Wir erlauben, die Bestellungen sowohl auf Abrechnungen als auch auf die am 1. Juli er. fälligen Erbschaftbücher sogleich einzulösen.

Nur Sterbefälle betreffend:

Der Vorstand beruft hiermit nach § 13 der Satzungen eine außerordentliche Generalversammlung der Sterbefälle auf Montag den 23. Mai 1921 nach 7ena ein mit der Tagesordnung:

1. Die Übergangsbestimmung zu § 5 der Satzungen,
 2. Regelung sonstiger Angelegenheiten.
- Das Nähere hierüber ist sämtlichen Filialen der Sterbefälle bereits zugegangen. Sollte irgendeine Filiale die Sendung nicht erhalten haben, so ist sofort bei der Hauptverwaltung zu reklamieren. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß nur die Mitglieder der Sterbefälle wahlberechtigt und wählbar sind. Hamburg, 22. März 1921.

Mit Gruß Der Vorstand.

Verbands-Anzeigen

Angestellte gesucht.

Georg i. Ecker. Weiterer Geschäftsführer als Kassierer zum 1. Mai gefucht. Derzeitige muß mit allen Verwaltungsarbeiten, Agitation und Kassengeschäften vertraut, rechnerisch befähigt und im Verkehr mit Unternehmern und Schlichtungsstellen vertraut sein. Bedingung: scharf ununterbrochene Mitgliedschaft im D. Metall-A. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angabe des Alters, Berufs, Familienstandes und der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit der Aufschrift „Verwendung“ bis zum 19. April an die hiesige Geschäftsstelle, Mohrenstr. 18, Kopenhagen. Zum Geschäftsführer wurde der Kollege S. Seyler (Schwenningen) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank. 2. Geschäftsführer zum sofortigen Antritt gefucht. Derzeitige soll sich in seiner Haupttätigkeit der Agitation widmen. Nebenbeiige Befähigung u. Kenntnis in der gesamten Arbeiterbewegung sind daher unbedingt Voraussetzung; ferner hiesige Mitgliedschaft des Verbandes. Bewerbungen, aus denen die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgeht, bis zum 22. April mit der Aufschrift „Verwendung“ an Wilhelm Heide, Pestalozzistraße 40/42, Das Gehalt richtet sich nach den Beschläßen der Stuttgarter Generalversammlung nebst den örtlichen Feuerungszulagen.

Sonstige Anzeigen

Zuschriften betr. die Arbeiterzeitschriften sind niemals an die Redaktion, sondern an die interessierte Firma selbst, bei Gültigkeitsverluste stets nur an den Verlag des Metallarbeiter-Zeitung zu richten.

Maschinenbauer, einige tüchtige, für sofort gefucht. Emil Smetz, Feilenfabrik, Oberhildingen am Bodensee. Tüchtige Kradler werden gefucht. H. W. Grimm, Braunschweig.

Autogenschweißer sofort gefucht. Maschinenfabrik Ecker, A.-G., Albstättling in Bayern.

Tüchtige erfahrene Verzinner,

welche auf diesem Gebiete bereits mehrere Jahre gearbeitet haben, sofort gefucht. Angebote sind zu richten an „Dema“, Heidenauer Maschinenfabrik und Metallwerk, Heidenau in Sachsen.

Druck und Verlag von Alexander Schöde & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rübelsstraße 16 B.